

# Die öffentliche Hand

Zeitung der Betriebsgruppe Öffentlicher Dienst  
der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

Februar 2011



## Es reicht! – Kein Verzicht für Milliardäre, Banken und Konzerne!

### **DKP Hamburg ruft auf zur Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes / Länder in der Tarifrunde 2011!**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert in der jetzt beginnenden Tarifrunde 2011 für die rund 585.000 Tarifbeschäftigten der Bundesländer (ohne Hessen und Berlin<sup>(1)</sup>) 50 Euro Sockelbetrag plus drei Prozent lineare Erhöhung. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll 14 Monate betragen.

Diese Forderungen im Volumen von fünf Prozent hat die ver.di - Bundestarifkommission (BTK) für den Öffentlichen Dienst (ÖD) am 14. Dezember 2010 bei einer Enthaltung beschlossen. Ver.di führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der GdP, der GEW und der dbb - Tarifunion im Deutschen Beamtenbund.

Das Tarifergebnis soll zeit- und inhaltsgleich auf die rund 1,07 Millionen Beamtinnen und Beamten der Länder übertragen werden. Für Auszubildende soll es zusätzlich eine Übernahmegarantie geben.

#### **Deutliche Einkommensverbesserungen im ÖD jetzt dringend durchsetzen!**

Positiv ist, dass die Gewerkschaften erneut für einen Sockelbetrag eintreten, der untere Lohngruppen überproportional begünstigen und so die Einkommensschere im öffentlichen Dienst verkleinern würde. Aber ansonsten sind eigentlich die o. g. Forderungen angesichts der seit vielen Jahren sinkenden Reallohne, der immer weiter wachsen-

den Arbeitsverdichtung (viele zehntausend Kollegen sind im ÖD in den letzten Jahren wegrationalisiert worden!) alles andere als ausreichend und scheinen wieder einmal eher sozialpartnerschaftlichen Illusionen geschuldet zu sein.



Der Kampf um »kräftige Lohnerhöhungen«, den ver.di- Chef Frank Bsirske noch vor wenigen Wochen angekündigt hatte, werden mit den o. g. Forderungen nicht eingeläutet. Denn rechnet man die im Verhandlungsprozess üblichen Abstriche ein, ist zu befürchten, dass am Ende der Tarifrunde wieder für die Beschäftigten der Länder nicht allzu viel übrigbleiben wird. Auch liegen die jetzt von der BTK aufgestellten Forderungen zum Teil erheblich unten den ursprünglichen von der ver.di Basis aufgestellten Forderungen.

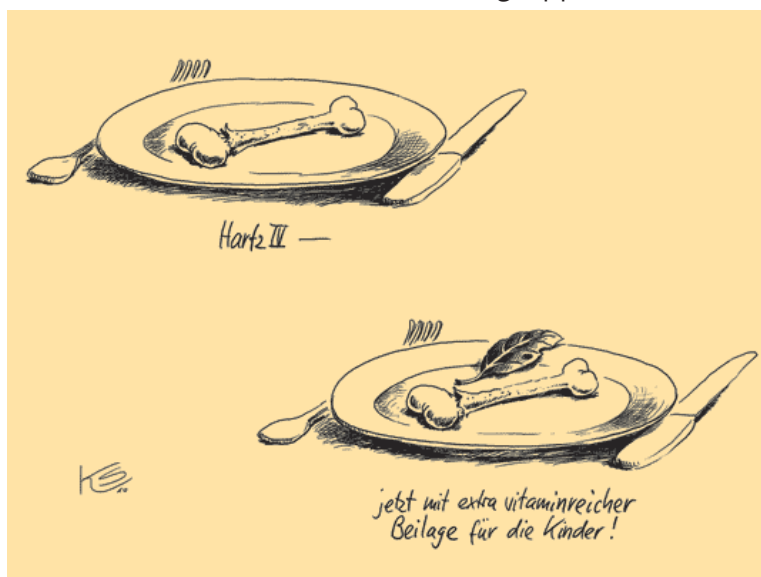
So wurden beispielsweise in den einzelnen ver.di Mitglieder- und Vertrauensleuteversammlungen der Dienststellen und öffentlichen Betriebe in Hamburg u. a. Lohnerhöhungen zwischen 6 bis 10 Prozent und eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefordert.

Denn deutliche Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst insbesondere in den Bundesländern sind dringend vonnöten, dies insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Kostensteigerungen bei Energie, Lebenshaltung und Gesundheit. 2011 kommt es zu neuen drastischen finanziellen Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung.

Der Beitragssatz für die gesetzlichen Krankenkassen wird von 14,9 auf 15,5 Prozent steigen. Wenn dies den Kassen nicht reicht, werden sie die sogenannten Zusatzbeiträge erhöhen. Die Energiekonzerne kündigen massive Strompreiserhöhungen an. Hartz IV- Empfängern wird das Elterngeld gestrichen. Die Rohstoffpreise von Baumwolle haben sich im letzten Jahr verdoppelt. Dies wird eine Verteuerung der Textilien zur Folge haben. Die Bäcker wollen

die Brot- und Brötchenpreise erhöhen. In Hamburg wurden die Preise beim HVV erhöht.

Der Immobilienverband Deutschland rechnet bei den Mieten mit einem durchschnittlichen Anstieg von 2,5 Prozent für dieses Jahr. Das Handelsblatt schreibt: "Die Verbraucherpreise steigen wieder schneller". Und nicht zuletzt rechnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund für das laufende Jahr mit einem Minus von 11 Milliarden Euro.



Auch das wird Auswirkungen auf die Mehrheit der Bevölkerung haben, durch Schließungen von Jugend-, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie den weiteren Verfall der kommunalen Infrastruktur.

Bei den Gehältern der Länderbeschäftigten besteht darüber hinaus ein erheblicher Nachholbedarf im Vergleich zum öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Jahrelang ist es dort nicht mehr gelungen, auch nur Inflationsverluste und Produktivitätssteigerungen auszugleichen. In Zusammenhang mit der Etablierung des neuen Tarifrechts TV-L wurden nicht nur die Arbeitszeiten unbezahlt verlängert, es gab auch eine Vielzahl weiterer Verschlechterungen. Und auch vier Jahre nach Inkrafttreten des TV-L gibt es immer noch kein neues Eingruppierungssystem für die einzelnen Beschäftigungs- bzw. Berufsgruppen.

Teilweise werden Beschäftigte nach Gutdünken eingeordnet. Jede Beschäftigtengruppe muss ihre Eingruppierung auf sich gestellt durchsetzen. Zuletzt gelang dies dank großer Streikbereitschaft für die Erzieherinnen, von denen viele mit der erzielten Einigung allerdings zu Recht unzufrieden waren. Es ist absehbar, dass weniger gut organisierte Beschäftigtengruppen bei der Neuregelung auf der Strecke bleiben. Des Weiteren sind Vergütungen in den unteren Entgeltgruppen oft mehr als bescheiden

und verhindern eine menschenwürdige gesellschaftliche Teilhabe.

Beispielsweise liegt ein Beschäftigter im ÖD, der nach Entgeltgruppe 8 TV-L bezahlt wird, mit seinem Nettoeinkommen

etwa 100 Euro unter Hartz-4 (bei einem 4-Personen-Haushalt).

### Tarifrunde im ÖD der Länder kein Selbstlauf

Auch wenn selbst Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle kürzlich Gehaltserhöhungen wenigstens verbal unterstützten und selbst Arbeitgeberpräsident Hundt nach Jahren des Kürzertretens eine Lohnanpassung der abhängig Beschäftigten für angebracht hielt, darf dies keine sozialpartnerschaftlichen Illusionen schüren.

Diese „Gewerkschaftsfreundlichkeit“ von Regierung und Kapital ist eher vor dem Hintergrund zu sehen, dass es schließlich auch schwer vermittelbar ist, wenn sich verspekulierende Banken mit staatlichen Milliarden gerettet werden, während gleichzeitig Kranken-

schwestern, Erzieherinnen, Verwaltungsangestellte und Feuerwehrleute weitere Einkommensverluste hinnehmen sollen. Darüber hinaus haben schon längst die öffentlichen „Arbeitgeber“ der Länder in gewohnt arroganter Manier aktuell verkündet, dass sie ein Prozent Erhöhung nicht überschreiten würden und auch die o. g. Forderung der BTK sofort als „maßlos“ bezeichnet. Gerade vor diesem Hintergrund wird diese Tarifrunde kein Selbstläufer:

Die Bundesländer sind nicht Hochburgen gewerkschaftlicher Streikfähigkeit, was sowohl auf den hohen Beamten - Anteil in vielen Bereichen als auch auf den noch viel zu geringen gewerkschaftliche Organisationsgrad im ÖD der Länder zurückzuführen ist. Von daher wird es auch entscheidend sein, bei der geforderten 14monatigen Laufzeit keine Kompromisse einzugehen. Denn in diesem Fall wären die kommenden Tarifrunden in Bund, Ländern und Kommunen ab dem 29. Februar 2012 endlich wieder synchron – was die Erfolgsaussichten für alle Beschäftigten deutlich verbessern und endlich zumindest bei den zeitlichen Abläufen die Tarifeinheit im ÖD wieder hergestellt und so auch ein Stück weit die vorherrschende Aufspaltung und Entsolidarisierung unter den Kolleginnen und Kollegen im ÖD zurückgedrängt würde.

Dies hätte z.B. auch in Hamburg endlich wieder zur Folge, dass sich die gut organisierten Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Stadtreinigung wieder in einer Streikfront mit den anderen Bereichen des Hamburger ÖD stehen würden.



## Tarifikampf im ÖD als gesellschaftspolitischen und außerparlamentarischen antikapitalistischen Kampf führen!

Entscheidend für die jetzt anstehende Tarif -Auseinandersetzung im ÖD der Länder wird es sein, diese als gesellschaftspolitischen Konflikt und klassenkämpferische Tarifrunde zu begreifen sowie als außerparlamentarischen antikapitalistischen Kampf zu führen.

Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wissen, dass die Zeiten der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ endgültig vorbei sind. Den abhängig Beschäftigten wird nur das zugestanden, was sie sich auch erkämpfen. Das Verschleudern von Steuermilliarden zugunsten von Banken und Unternehmen hat den Kolleginnen und Kollegen im ÖD wie auch der Arbeiterklasse insgesamt eindrucksvoll gezeigt:

Es gibt keinen Grund zu weiterem Verzicht. Alles ist möglich – wie die

Milliarden verteilt werden, ist eine reine Machtfrage!

Dieser Herausforderung werden sich die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen im ÖD stellen. „Wir verzichten nicht für Milliardenä!“ – Diese Losung auf vielen ver.di -Transparenten bei Demonstrationen und Streikaktionen während der letzten Tarifrunde hat nichts an Aktualität eingebüßt und bringt auch jetzt wieder in der gegenwärtigen Tarifrunde die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen nicht nur an der ver.di Basis gut zum Ausdruck. Es darf angesichts explodierender Gewinne bei Banken und Konzernen keinen Verzicht, keine falsche Kompromissbereitschaft und kein Zurückweichen geben!

Denn Konzerne, Banken und das Großkapital rechnen aktuell weiter mit einem neuen Gewinnanstieg. "Die deutsche Wirtschaft hat die Krise überwiegend gut gemeistert und gehört 2010 im Industrieländervergleich zu den Wachstumsgewinnern", betonte Michael

Hüther, Chef des wirtschaftsnahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Und laut Handelsblatt prognostizieren deutsche Ökonomen "jetzt gar fette Jahre für Deutschland", spricht für die Konzerne. Der Grund liegt auf der Hand: Anfang Dezember hatte das Statistische Bundesamt bereits aufgezeigt, dass nirgendwo in der Europäischen Union die Löhne und die sogenannten "Arbeitskosten" so langsam steigen wie hierzulande. Ein wachsender Niedriglohnsektor, Leiharbeit, kein Mindestlohn - dieses Lohndumping ist eines der Geheimnisse des Exporterfolges der in

Deutschland produzierenden Unternehmen.

In ihrem Bericht - "Global Wage Report 2010/2011" - kritisiert die ILO (Internationale Arbeitsorganisation), dass Deutschland eine Exportstrategie verfolgt, die auf Niedriglöhnen basiert. Das Lohnniveau in der BRD ist schon so weit abgesunken, dass Österreich, in den 80er Jahren im Einkommen noch weit abgehängt hinter Deutschland, heute ein um 20 % höheres Durchschnittseinkommen verzeichnet. Dänemark liegt sogar bei einem Drittel mehr an Einkommen. Deutschland hat mittlerweile so niedrige Löhne, dass dänische Firmen (Fischindustrie) in Schleswig-Holstein ansässig werden. Deutsche Dumpinglöhne machen dies möglich.

## Tarifrunde in Hamburg – „Wir lassen unsere Stadt nicht auf dem Rücken von uns Beschäftigten im ÖD kaputt sanieren!“

So lautete eine Demo-Losung von ver.di Kolleginnen und Kollegen bei der machtvollen Aktion der Menschenkette am 30. September letzten Jahres gegen die sozial-reaktionäre Kürzungspolitik des ehemaligen schwarz-grünen Hamburger Senats.

Auch für die jetzt anstehende Tarifrunde der Beschäftigten im ÖD der FHH darf der außerparlamentarische Protest nicht leiser werden und sollte weiter fortgeführt werden. Denn auch in der Hansestadt bezahlen die rd. 70.000 Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst, in Fachbehörden und Bezirksämtern, im Sozial-, Pflege-, Erziehungs- und Bildungsbereich die Zeche der kapitalistischen Krise und der damit einhergehenden unsozialen Haushaltskonsolidierungspolitik des Senats mit Stellenab-



**Impressum:** "Öffentliche Hand" ist die Zeitung der Sammelbetriebsgruppe Öffentlicher Dienst der DKP Hamburg.

Die Sammelbetriebsgruppe ÖD trifft sich jeden 3. Montag im Monat im MTZ um 18:00 Uhr.

Zuschriften bitte an "Öffentliche Hand", DKP, Magda-Thürey-Zentrum (MTZ) Lindenallee 72 in 20259 Hamburg.

ViSdP: Olaf Harms, Hamburg

bau, keinen oder nicht ausreichenden Nach- und Neubesetzungen von Stellen, einer Arbeitsverdichtung, Steigerung der Arbeitsintensität, Verlängerung der Wochenarbeitszeit und mit mehr als mageren Tarifrunden und jetzt sogar auch der Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte.

Wenn jetzt wieder von der Hamburger Finanzbehörde und dem Personalamt anlässlich der jetzigen Tarifrunde die berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im ÖD als unbezahlbar abqualifiziert werden, so muss in (Warn-) Streikaktionen und außerparlamentarischen Aktionen auf der Straße deutlich gemacht werden, wo das Geld für eine deutliche Einkommensverbesserung der Kolleginnen und Kollegen im ÖD zu holen ist:

Die zehn reichsten Hamburger, angeführt von den Familien Otto (Otto-Versand) und Herz (Tchibo) besitzen zusammen ein Vermögen von 28,45 Milliarden Euro. Nur zum Vergleich: Der Jahreshaushalt der Stadt Hamburg umfasst rund 10 Milliarden Euro. Hamburg ist reich. Hamburg müsste nicht sparen, der Reichtum muss nur anders verteilt werden. In dieser Stadt wurden und werden Millionen und Milliarden angelegt, verbaut, verschleudert z.B. für die Elbphilharmonie und nicht zuletzt milliardenschwere Schutzschirme für die HSH Nordbank und HAPAG LLOYD aufgespannt. In der Hafencity, an der Elbchaussee, an der Börse kann man besichtigen, wie viel privates Geld es in dieser reichen Stadt gibt. Es ist eine politische Entscheidung, ob von dem Reichtum Hamburgs auch alle Bürgerinnen und Bürger etwas haben und damit auch die Kolleginnen und Kollegen im ÖD.

In diesem Zusammenhang sind die Hamburger Kolleginnen und Kollegen des ÖD in der jetzigen Tarifrunde gut beraten, auch trotz oder besser gerade wegen des Bürgerschaftswahlkampfes auf die eigene Kraft zu vertrauen! Von allen in der Hamburger Bürgerschaft und in den 7 Bezirksversammlungen vertretenen Parteien ist bis auf Ausnahme der Partei DIE LINKE (PDL) nichts für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten im ÖD zu erwarten. Längst schon hat auch insbesondere der Bürgermeisterkandidat der SPD, Olaf Scholz, im Falle eines Wahlsieges mit der Nominierung des ehemaligen Präses der Handelskammer, Frank Horch, als zukünftigen Wirtschaftsminister unmissverständlich deutlich gemacht, was zukünftig die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung und damit auch die abhängig Beschäftigten in der Hansestadt zu erwarten haben:

Erst kürzlich noch hatte dieser Frank Horch als oberster Vertreter des Hamburger Großkapitals in der traditionellen Sylvesteransprache vor der "Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns" im Großen Börsensaal der Handelskammer vor rund 2.400 Vertretern aus Wirtschaft und Politik unmissverständlich u. a. Elbvertiefung, Fertigstellung des Kohlekraftwerks Moorburg und längere Laufzeiten von Atomkraftwerken sowie auch das vom schwarz-grünen Senat beschlossene Sparpaket "als alternativlos" dargestellt.<sup>(2)</sup> Des Weiteren forderte er, dass die Stadt weiterhin „eisern spart“ und auf keinem Fall die Erhöhung der Kita-Gebühren und die Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte zurückzunehmen solle.<sup>(3)</sup>

## **Wir Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten stehen solidarisch an der Seite der in der jetzigen Tarifrunde des ÖD kämpfenden Kolleginnen und Kollegen!**

Darüber hinaus sehen wir in den jetzigen und kommenden Klassenkämpfen die Notwendigkeit, sich nicht nur in Abwehrkämpfen zu erschöpfen, sondern auch Perspektiven zu entwickeln: So beispielsweise in einem zukunftsweisenden gewerkschaftlichen Handeln mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die immer der Schlüssel für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit und der Schlüssel zu mehr Lebensqualität sein wird.

Wir Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten wissen aber, dass grundlegende und dauerhafte Verbesserungen für alle Lohnabhängigen im Kapitalismus an die Grenzen der Profitlogik und des Privateigentums an den Produktionsmitteln stoßen.

Zur Lösung der Probleme muss das kapitalistische System nicht nur punktuell sozial gestaltet und verbessert, sondern überwunden werden. Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus – einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, einer Gesellschaft ohne Faschismus, Rassismus und Krieg! Bis das erreicht ist, gilt es für uns solidarisch zusammenzustehen. Nicht nur bei Tarifauseinandersetzungen!



<sup>(1)</sup> In Berlin ist es das zweifelhafte und schändliche Verdienst der damaligen PDS (der heutigen Partei DIE LINKE) gemeinsam mit der SPD schon vor Jahren in der dortigen Regierungskoalition dafür gesorgt zu haben, dass das Bundesland Berlin bis heute nicht mehr Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder ist und so erhebliche Verschlechterungen für die Beschäftigten im ÖD dort durchgesetzt werden konnten.

<sup>(2)</sup> TAZ vom 02.01.2011

<sup>(3)</sup> Ebenda